



Bremische Zentralstelle für
die Verwirklichung der
Gleichberechtigung der Frau

Frauenpolitische Forderungen

zur Bürgerschaftswahl 2011



Vorwort



Liebe Bürgerinnen und Bürger des Landes Bremen,

im Mai wählen wir wieder die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft. Mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten sind Frauen - sie sollten ihren Einfluss im Sinne ihrer Interessen geltend machen! Erstmals können Sie dieses Jahr aufgrund des neuen Wahlrechts gezielt ihre Stimmen so einsetzen, dass Sie Kandidatinnen unabhängig vom Listenplatz nach vorne wählen, indem sie ihnen mehrere Stimmen geben (kumulieren). Nutzen Sie diese Möglichkeit!

Der derzeitige Senat geht mit gutem Beispiel voran, wenn er die paritätische Besetzung von Aufsichtsrats- und Vorstandsgremien fordert. Weibliche Vorbilder in der Politik bestärken Frauen, neue Ziele für sich zu finden. Auch der zukünftige Senat sollte deshalb zur Hälfte mit Frauen besetzt sein.

Meine Aufgabe als Bremer Landesbeauftragte für Frauen ist es, darauf hinzuwirken, dass die Gleichstellung von Frauen in unserem Bundesland verwirklicht wird. Diese Aufgabe umfasst alle Politikbereiche. So sind Frauen in besonderer Weise von Armutsrisiken betroffen. Sie sind überwiegend in prekären Beschäftigungsverhältnissen und

im Niedriglohnsektor zu finden. Eltern brauchen eine flexible Kinderbetreuung, die eine existenzsichernde Berufstätigkeit erlaubt. Um hier umzusteuern, bedarf es einer klugen Verzahnung von Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Es geht darum, das Potential an Qualifikationen, Wissen, Ideen und Erfahrungen, das Frauen in die Gesellschaft einbringen, nicht zu verschleudern.

Familienpolitik ist wichtig. Familienpolitik ersetzt jedoch nicht Frauenpolitik. Das wird bei Themen wie Gewalt gegen Frauen, Entgeltungleichheit oder Aufstiegschancen von Frauen deutlich. Wenn Teilzeitmodelle in einem Betrieb beispielsweise nur von Frauen wahrgenommen werden, können Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sogar zur Rollenfestschreibung führen. Deshalb gilt es, sie mit Frauenfördermaßnahmen zu verbinden und immer wieder aus der Geschlechterperspektive zu überprüfen. Frauenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die Familienpolitik einschließt, aber weit über sie hinausreicht.

In der öffentlichen Debatte ist zunehmend die Rede vom mangelnden Augenmerk der Politik auf die spezifischen Bedürfnisse von Jungen und Männern. Diese zu berücksichtigen darf jedoch kein Ersatz dafür sein, der bestehenden Diskriminierung von Frauen und Mädchen entgegenzuwirken.

Wenn ich also den Erhalt und die Weiterentwicklung bestehender Frauen- und Mädcheneinrichtungen fordere, so ist dies keine Klientelpolitik als Selbstzweck. Bremen geht etwas Wichtiges verloren, wenn dieses vorhandene Reservoir an beruflichen Kompetenzen, an Kreativität und zivilgesellschaftlichem Engagement nicht zum Zuge kommt. Diese Einrichtungen leisten für das soziale, kulturelle und berufliche Netz unseres Bundeslandes unverzichtbare Dienste. Sie sind als Vorbild für Lösungswege wichtiger sozialer und gesellschaftlicher Fragestellungen anzusehen.

Das vorliegende Heft fasst wesentliche Ansprüche aus Frauensicht zusammen, die dringend bearbeitet werden müssen. Manche der Forderungen, die ich bereits vor vier Jahren formuliert habe, sind heute - leider - immer noch aktuell.

Nehmen Sie unsere Vorschläge als Anregung, um mit politisch Verantwortlichen, die sich zur Wahl stellen, darüber zu sprechen. Ich hoffe, dass die vorgestellten Positionen die Diskussionen der nächsten Wochen anregen werden.

A handwritten signature in black ink, reading 'Ulrike Hauffe'. The script is cursive and fluid, with the first name 'Ulrike' and the last name 'Hauffe' clearly distinguishable.

Ulrike Hauffe
Bremer Landesbeauftragte für Frauen

Arbeit und Wirtschaft

Wirtschaftliche Unabhängigkeit ist eine Voraussetzung dafür, dass Frauen ihr Leben selbstbestimmt gestalten können. Dafür müssen sie ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Bremen hat sich im langfristigen Trend positiv entwickelt. Doch im Vergleich mit Männern bleibt ihre Erwerbsquote weiter niedrig¹.

Eine Reihe von Hemmnissen und Barrieren wirken beharrlich als Stolperschwellen für Frauen am Arbeitsmarkt. In Bereichen, die keine wirtschaftliche Unabhängigkeit und wenig Perspektive bieten - in schlecht bezahlten Berufen, in Teilzeitarbeit, in Minijobs, im Niedriglohnssektor - sind Frauen überdurchschnittlich häufig anzutreffen, in sozial gut abgesicherter Vollzeit, in Führungspositionen oder als Unternehmerinnen umso seltener. Obwohl Wissenschaft und Wirtschaft inzwischen erkannt haben und belegen können, dass mehr Frauen und ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis in Führungspositionen Wettbewerbsvorteile für die Zukunft bietet, beträgt die Männerquote in leitenden Positionen in Deutschland in den 200 größten Unternehmen - im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern und den USA - nach wie vor über 95 Prozent².

Obwohl Frauen inzwischen bessere Bildungsabschlüsse machen und die Hälfte der Hochschulabsolventen stellen, ist der Zugang zu Ausbildung und insbesondere zu Zukunftsberufen für sie schwieriger als für Männer, ebenso wie die Teilhabe an beruflicher Aus- und Weiterbildung. In den mittleren Jahren steigen viele Frauen aus familiären

1) 2005 waren 54,4 Prozent der Frauen, 64 Prozent der Männer zwischen 15 und 65 Jahren erwerbstätig, 2008 60 Prozent der Frauen und 68,7 Prozent der Männer. Quelle: Lebenslagen im Land Bremen - Datenreport 2010

2) Siehe Wochenbericht des DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) Berlin 3/2011

Arbeit und Wirtschaft

Gründen aus dem Beruf aus, leisten fortan unbezahlte Familienarbeit und schaffen zu oft den gewünschten Wiedereinstieg nicht mehr.

Die Einkommen von Frauen und Männern unterscheiden sich gravierend. Der Bruttostundenlohn von Frauen ist konstant um etwa ein Viertel niedriger als der von Männern. Dieses Lohngefälle setzt sich im Alter als „Rentengefälle“ fort, denn die Alterssicherung ist ja wesentlich an den Verdienst geknüpft. Selbst wenn Frauen ins Erwerbssystem integriert sind, droht ihnen also über den Lebenszyklus betrachtet immer wieder ein erhöhtes Armutsrisiko.

Zwar unterscheiden sich die Problemlagen von Frauen stark – z.B. in Abhängigkeit von der sozialen, kulturellen oder ethnischen Herkunft, dem Bildungsstatus, dem Alter, den familiären oder anderen persönlichen Umständen. Sie gründen jedoch insbesondere auf zwei Faktoren: Der (ungleichen) gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern in Bezug auf unbezahlte Sorgearbeit und entlohnte Erwerbsarbeit und den damit einhergehenden Rollenzuweisungen.

Die Politik ist gefordert, geschlechtergerechte Rahmenbedingungen zu schaffen, die die unterschiedlichen Lebenszusammenhänge von Frauen und Männern berücksichtigen. Ziel muss sein, Rollenzuweisungen aufzuweichen und gleichberechtigte Teilhabe in allen Arbeitswelten zu verwirklichen - im Erwerbsleben, in Familie und Gesellschaft.

Wir fordern die künftige Landesregierung auf, ihre politischen und gesetzgeberischen Gestaltungsmöglichkeiten auf Landes- und Bundesebene zu nutzen, um Chancengleichheit am Arbeitsmarkt zu verwirklichen. Auf Landesebene ist vorrangig dafür Sorge zu tragen, dass der Einsatz von öffentlichen Mitteln und von Fördermaßnahmen dazu

dient, Frauen Zugänge zu existenzsichernder, dauerhafter und zukunftssträchtiger Beschäftigung zu ermöglichen.

Ausbildung in Berufen mit Perspektive fördern

Es bleibt ein zentrales Ziel, Frauen stärker als bisher für Zukunftsberufe zu gewinnen. Zukunftsberufe wollen wir nicht gleichgesetzt wissen mit frauentypischen Fachkräfte-Mangelberufen, die häufig in prekäre Beschäftigung führen. Wir erwarten innovative und kreative Landesinitiativen, die – anknüpfend an den Girls' Day und den MINT-Pakt³ – Mädchen und Frauen auf allen Ausbildungsniveaus den Weg in (frauenuntypische) Zukunftsberufe ebnen.

In den frauendominierten Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsberufen legen aktuelle Entwicklungen nahe, dass die seit vielen Jahren von uns geforderte Durchlässigkeit und bessere Aufstiegsmöglichkeiten um den Preis erreicht werden sollen, dass neue ein- oder zweijährige Bildungsgänge für Hilfs- und Assistenzberufe eingeführt werden, die unterhalb der Standards für vollqualifizierende Ausbildungsberufe liegen. Von der künftigen Landesregierung erwarten wir, dass sie sich dieser Entwicklung auf Bundes- und Landesebene entgegenstellt. Frauentypische Berufe müssen aufgewertet werden. In den Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsberufen brauchen wir ein hohes Qualitätsniveau der Ausbildung und vollen arbeits- und sozialrechtlichen Schutz für die Absolventinnen von Anfang an.

3) MINT steht für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik. Der nationale MINT-Pakt ist eine Bundesinitiative, bei der Schulen, Unternehmen und Organisationen zusammenarbeiten, um den Einstieg von Mädchen und Frauen in MINT-Berufe zu fördern. Die Senatorin für Bildung hat sich dem MINT-Pakt angeschlossen.

Von der künftigen Landesregierung erwarten wir außerdem, dass sie sich dafür stark macht, dass alle Jugendlichen die Chance auf eine qualitativ hochwertige Ausbildung bekommen. Im Vergleich mit jungen Männern erreichen viele junge Frauen im Land Bremen dieses Ziel trotz statistisch durchschnittlich höherwertiger und besserer Schulabschlüsse nicht.

Entgeltunterschiede zwischen Frauen und Männern abbauen

Der Anspruch auf Entgeltgleichheit, der nicht nur für gleiche, sondern insbesondere auch für gleichwertige Arbeit gilt, ist schon lange im europäischen und auch im deutschen Recht verankert. Dennoch ist ein geschlechterspezifisches Lohngefälle weiter Realität. Wir weisen mit Nachdruck darauf hin, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht.

Auf Bundesebene sind alle gesetzgeberischen Möglichkeiten auszuschöpfen. Aus frauenpolitischer Sicht ist ein gesetzlicher Mindestlohn eine hier mit Nachdruck zu verfolgende Forderung. Auf Landesebene regen wir an, dass die Politik in einen Dialog mit den Sozialpartnern eintritt, um Lohntransparenz herzustellen und Lohnungleichheit abzubauen. Von der künftigen Landesregierung erwarten wir außerdem, dass sie Initiativen ergreift - wie etwa die Unterstützung von Unternehmen bei der Einführung von Lohnaudits insbesondere mit dem Instrument eg-check, bei der Entwicklung von Maßnahmen, die Lohnunterschiede im Betrieb beseitigen helfen, oder auch die Auszeichnung von vorbildlichen Unternehmen bzw. die Entwicklung eines Garantiesiegels und dessen Verknüpfung mit dem Vergaberecht.

Frauen bei Existenzgründung und Unternehmensnachfolge unterstützen

Die Gründungsquote von Frauen ist unterdurchschnittlich. Auf Frauen zugeschnittene Beratungsangebote zur Existenzgründung bleiben weiter erforderlich. Sie tragen erfolgreich dazu bei, dass Frauen den Schritt in die Selbstständigkeit wagen. Die wirkungsvolle Unterstützung durch Coaching und Mentoring zur Existenzfestigung muss fortgesetzt, der Zugang zu den Programmen der Wirtschaftsförderung verbessert werden.

In den kommenden Jahren wird in vielen mittelständischen Unternehmen die Firmenleitung an die nächste Generation übergehen. Dieser Generationenwechsel geht bisher zu sehr an potenziellen Unternehmerinnen vorbei. Wir erwarten, dass die Unternehmensnachfolge durch Frauen verstärkt zum Thema und durch spezifische Förderinstrumente gestützt wird.

Mehr Frauen in Führungs- und Entscheidungspositionen

Dass Frauen in der Wirtschaft in Führungspositionen - insbesondere auf höchster Ebene - noch immer unterrepräsentiert sind und dadurch aus sehr zentralen Entscheidungsprozessen in der Gesellschaft faktisch ausgeschlossen bleiben, ist einer Demokratie nicht würdig. Die auf Bundesebene eingegangene „freiwillige Selbstverpflichtung“ der Arbeitgeberverbände zur Frauenförderung in der Privatwirtschaft ist gescheitert. Ohne verbindliche gesetzliche Vorgaben ist Chancengleichheit für Frauen hier nicht erreichbar.

Wir begrüßen, dass der Senat im Bundesrat die Initiative für ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft ergriffen

hat. Von der künftigen Landesregierung erwarten wir, dass sie diese Anstrengungen weiter verfolgt. Durch den Beschluss, die Regelungen des Landesgleichstellungsgesetzes in die Unternehmenssatzungen der Mehrheitsgesellschaften des Landes aufzunehmen, ist der Senat in dieser Frage als Vorbild vorangegangen. Dieser Weg ist mit Ehrgeiz weiter zu verfolgen.

— Chancengleichheit in der Arbeitsmarktpolitik - existenzsichernde Beschäftigung von Frauen fördern

Erklärtes Ziel des Zusammenspiels von Wirtschafts-, Wissenschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist es, nachhaltig sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Dabei muss sichergestellt werden, dass Frauen nicht in prekäre Beschäftigung abgedrängt werden, sondern gezielt Zugänge zu sozialversicherungspflichtiger, existenzsichernder und auch hochwertiger Beschäftigung erhalten.

Kommunale ebenso wie Landesarbeitsmarktpolitik bieten konkrete Steuerungsmöglichkeiten für mehr Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt. Die arbeitsmarktpolitischen Programme im Land Bremen müssen - nicht zuletzt mit Blick auf die gemeinsame Europapolitik - konsequenter auf das Querschnittsziel ausgerichtet werden, die Chancen von Frauen im Erwerbsleben zu verbessern. Gleichzeitig müssen die erfolgreichen Frauenförderansätze gestärkt und zielgruppenspezifisch differenziert werden.

Deshalb erwarten wir die Weiterentwicklung arbeitsmarktpolitischer Programme quantitativ durch ehrgeizige Zielquoten nicht nur für Frauen, sondern differenziert auch für Alleinerziehende, Wiedereinsteigerinnen und Migrantinnen; qualitativ, indem Frauen gezielt Zugänge zu zukunftssträchtigen Berufen, Branchen und Führungspositionen ermög-

licht und der geschlechtsspezifischen Teilung des Arbeitsmarkts entgegen gewirkt wird.

Neue Chancen für Frauen in Zukunftsbranchen erschließen

Der Trend, dass Frauen an die prekären Ränder des Erwerbssystems abgedrängt werden, scheint sich mit dem Strukturwandel hin zur Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft zu verfestigen. Das Beschäftigungswachstum in den zukunftssträchtigen Wirtschaftssektoren des Landes Bremen - wie Umwelt- und Energiewirtschaft, maritime Wirtschaft und Logistik oder Luft- und Raumfahrt - droht an einer gut qualifizierten Frauengeneration vorbeizugehen, während Unternehmen gleichzeitig einen hohen Fachkräftebedarf anmelden. Diese Zukunftsfelder müssen für Frauen auf allen Qualifikationsniveaus besser erschlossen werden. Dies umfasst den Zugang zu Studiengängen und Erstausbildung, die gezielte Weiter- oder Nachqualifizierung von Frauen für Zukunftsbranchen ebenso wie die Erweiterung der Bandbreite für öffentlich geförderte Beschäftigung für gering qualifizierte Frauen.

Das Landesprogramm zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen auf dem Arbeitsmarkt „Einstieg, Umstieg, Aufstieg für Frauen!“ ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Von der künftigen Landesregierung erwarten wir den Ausbau und die inhaltliche Weiterentwicklung dieses Programms. Nachhaltige Erfolge werden sich nur dann einstellen, wenn flankierend vom Fachkräftemangel bedrohte Branchen und Unternehmen dabei unterstützt werden, Berufsimagen zu modernisieren und Strukturen und Unternehmenskulturen so zu wandeln, dass sie für Frauen attraktiv werden.

Landesarbeitsmarktprogramme mit finanziellen Mitteln ausstatten – Vielfalt der Trägerlandschaft erhalten

In einem Bundesland mit hoher Arbeitslosigkeit auf der einen und steigendem Fachkräftebedarf auf der anderen Seite muss die Landesarbeitsmarktpolitik eigene Akzente setzen können. Die künftige Landesregierung muss sie dafür mit finanziellen Mitteln ausstatten und gleichstellungspolitische Ziele formulieren. Für die strategische und operative Steuerung braucht es gendergeschultes Personal, für die Umsetzung eine vielfältige professionelle Trägerlandschaft mit differenzierten Angeboten.

Wir erwarten von der künftigen Landesregierung, dass die bewährten und erfolgreichen frauenspezifischen Angebote von Beratungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungseinrichtungen erhalten bleiben. Viele arbeitsmarktpolitische Projekte stellen eine soziale und kulturelle Infrastruktur sicher, die Teilhabemöglichkeiten und Lebensqualität für Frauen insbesondere in sozial benachteiligten Stadtteilen deutlich verbessern.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Dass Beruf und Familie vereinbar sein müssen, ist im gesellschaftlichen Diskurs angekommen. Die bekannten frauenpolitischen Forderungen nach Kinderbetreuung, einer neuen Zeitpolitik und der stärkeren Orientierung der Erwerbsarbeit an der Familienwelt sind noch längst nicht erfüllt. Es bleibt politische Aufgabe, Rahmenbedingungen zu gestalten und Strukturen zu schaffen, die es ermöglichen, Erwerbsarbeit mit Familienarbeit zu vereinbaren.

Dabei darf Vereinbarkeitspolitik die tradierten Leitbilder über Geschlechterrollen und familiäre Arbeitsteilung nicht fortschreiben, sondern muss ihren Wandel unterstützen. Es geht um die Teilung von Verantwortung, um eine andere Verteilung von Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern und um die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Bildung und Erwerbstätigkeit.

Betreuungsangebote für alle Kinder verbessern und ausweiten

Eine Grundvoraussetzung für die Berufstätigkeit von Eltern ist eine verlässliche Betreuung ihrer Kinder in Krippe, Kindergarten, Hort und Schule. Was in vielen Ländern Europas eine Selbstverständlichkeit ist, muss auch bei uns endlich erreicht werden. Noch immer brauchen wir den Ausbau eines qualitativ hochwertigen Betreuungsangebots für alle Kinder. Der Rechtsanspruch muss für alle Altersgruppen auf eine zeitlich bedarfsgerechte Betreuung ausgeweitet werden.

Von einer künftigen Landesregierung erwarten wir, dass das Betreuungsangebot ressortübergreifend (Jugend und Bildung) quantitativ und qualitativ ausgebaut wird. Dabei müssen Betreuungslücken (beispielsweise mit Ende der Elternzeit oder in den Schulferien) systematisch definiert und geschlossen werden. Die Angebote müssen zeitlich

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

flexibler werden, damit auch Randzeiten und situative Betreuungserfordernisse schnell und unmittelbar abgedeckt werden können.

Neben dem Ausbau des Betreuungs- und Ganztagsangebots für Kinder von 0 bis 6 Jahren in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung muss in Schulen der im Bremischen Schulgesetz verankerte Betreuungsauftrag mehr Gewicht bekommen. Eine Chance dafür bietet die organisatorische und pädagogische Ausgestaltung von Ganztagschulen.

— Die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege verbessern

Der steigende Pflegebedarf erfordert neue Konzepte zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege, die erwerbstätigen Frauen und Männern gleichermaßen geeignete Handlungsoptionen eröffnen. Der Zugang zu Dienstleistungen für die Unterstützung und Betreuung von älteren Menschen und anderen betreuungsbedürftigen Angehörigen muss erleichtert werden.

— Gute Vereinbarkeit zum Standortfaktor entwickeln

Vereinbarkeitspolitik ist in den letzten Jahren immer mehr zu einem Wirtschaftsthema geworden. Gute Möglichkeiten, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, gelten längst als Standortfaktor. Auch mit Blick auf den Fachkräftemangel gilt: Je weniger Beschäftigte ihre Erwerbsarbeit aus familiären Gründen unterbrechen, je besser sie in Kontakt zur Erwerbsarbeitswelt und fachlichen Entwicklungen bleiben und je schneller sie zurückkehren, umso mehr führt Sorgearbeit nicht zum Verlust von Fachkräften, sondern zu deren Qualifizierung.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Von der künftigen Landesregierung erwarten wir, dass sie gute Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit schafft, die Wirtschaft dabei einbezieht und Bremische Unternehmen darin unterstützt, eine familien- und lebenslauforientierte Personalpolitik zu etablieren und weiterzuentwickeln. Im Wettbewerb um Fachkräfte muss Familienfreundlichkeit im Land Bremen zum überregional wirksamen Markenzeichen werden.

Neue Familienleitbilder politisch stärken

Elternschaft und Pflegebedürftigkeit von Angehörigen wirken sich auch heute noch ganz unterschiedlich auf Männer und Frauen aus, ganz besonders auf die innerfamiliäre Arbeitsteilung und die Arbeitsmarktbeteiligung. Frauen übernehmen nach wie vor einen übermäßig großen Anteil der Verantwortung für die Familie und bezahlen dafür mit großen Nachteilen für ihre soziale Sicherheit und mit persönlichen Armutsrisiken.

Von der künftigen Landesregierung erwarten wir, dass sie sich auf Bundesebene dafür stark macht, gesetzliche Regelungen abzubauen, die der Aufnahme oder Ausweitung einer Erwerbstätigkeit von Frauen entgegenstehen (Ehegattensplitting und Minijobs) und eigenständige Ansprüche an die sozialen Sicherungssysteme begrenzen oder gar verhindern (Mini- und Midijobs, Rentenrecht, Rechtskonstruktion der Bedarfsgemeinschaften im SGB II).

Umgekehrt erwarten wir, dass alle Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärker als bisher Männer adressieren. Das würde dem sich wandelnden Rollenverständnis von Frauen und Männern gerecht werden.

Jugendpolitik

Jugendpolitik gestaltet die Lebensverhältnisse von Jugendlichen und geht dabei von ihren Bedürfnissen und besonderen Anliegen aus. In der Entwicklung und Ausgestaltung von Maßnahmen ist es unabdingbar, die besonderen Belange von Mädchen wahrzunehmen, Unterschiede zu berücksichtigen und Bedingungen für ein gleichberechtigtes Miteinander von Mädchen und Jungen zu schaffen. Es gilt die Lebensrealitäten, die Kompetenzen und Interessen von Mädchen und Jungen jeweils differenziert zu beachten und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Ein besonderes Augenmerk muss dabei benachteiligten Mädchen gelten.

Es ist wichtig, die gravierenden Probleme von bestimmten Jungengruppen zu beachten. Dies darf jedoch nicht zuungunsten der Mädchen geschehen - eine bewusste Mädchenförderung ist keineswegs überflüssig geworden. Einrichtungen bzw. Projekte, die sich speziell an Mädchen wenden, sind wertvolle Bausteine der Jugendhilfe und Jugendförderung im Land Bremen. Dies gilt für die Beteiligung von Mädchen an der Planung und Gestaltung von Einzelprojekten innerhalb der Jugendarbeit, für Anstrengungen im Stadtteil oder für Konzepte und Rahmenbedingungen von Spiel- und Sportstätten. Das Anpassungskonzept für die stadtteilbezogene Jugendförderung ist entsprechend weiterzuentwickeln, die Zuwendung an freie Träger und das Controlling müssen sich an den Erfordernissen einer geschlechtergerechten Arbeit orientieren.

Beteiligung von Mädchen verstärken

Die Erfahrungen zeigen: Mädchen engagieren sich auf eine zumeist leisere Art und Weise. Sie sind dadurch aus vielen Beteiligungsprozessen herausgefallen. Daher ist es notwendig, Mädchenspezifisches Engagement und Modelle für Interessenvertretungen zu fördern und zu unterstützen.

Wir erwarten von der künftigen Regierung, öffentliche Räume der Jugendarbeit grundsätzlich unter der Beteiligung von Mädchen und Mitarbeiterinnen aus der Mädchenarbeit zu planen und zu gestalten.

Mädchenarbeit weiterentwickeln und sichern

Einrichtungen der Mädchenarbeit in Bremen wirken vorhandenen Benachteiligungen von Mädchen entgegen und unterstützen sie in ihren Stärken. Für die vielfältigen Bedarfe von Mädchen setzen sie passende Angebote niedrigschwellig und wohnortnah um. Damit geben sie wichtige Impulse für die Weiterentwicklung einer geschlechtergerechten Jugendpolitik. Eine Unterstützung ihrer Arbeit sowie eine ihren Leistungen entsprechende finanzielle Ausstattung sind daher im Interesse der gesamten Jugendarbeit unerlässlich.

In Einrichtungen, die sich an Mädchen und Jungen richten, sind die Teams paritätisch zu besetzen. Kenntnisse über geschlechterspezifische Sozialisation und Pädagogik sollten für alle Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit verbindlich sein. Entsprechende Fortbildungs- und Qualifizierungsprogramme für die Fachkräfte sind weiterhin aufzulegen.

Politische Voraussetzung für eine gelingende Kooperation von Mädchenarbeit und Schule schaffen

Einrichtungen aus der Mädchenarbeit haben die Fachlichkeit und viel Erfahrung in der Arbeit mit Mädchen. Sie entwickeln diese im Kontakt mit den Mädchen kontinuier-

lich weiter und kennen deren Bedürfnisse, Lebensthemen und Interessen. Diese Fachlichkeit sollte für die Weiterentwicklung einer geschlechtergerechten Schule genutzt werden. Gerade im Bereich der Ganztagschulen ist es gewinnbringend, dieses Wissen für die Schulen zu nutzen und Mädchenangebote ins pädagogische Angebot zu integrieren. Dazu braucht es eine entsprechende Ausgestaltung von Aus- und Fortbildung von Lehr- und Fachkräften sowie eine die konkrete Arbeit fachlich unterstützende Infrastruktur.

Bildung

Aus vielen Studien wissen wir, dass öffentliche Erziehung und Bildung geschlechtsspezifisches Rollenverhalten nicht ohne weiteres abbauen. Kindertageseinrichtungen und Schule sind neben der Familie zentrale Sozialisationsräume. Sie müssen so gestaltet werden, dass geschlechtsspezifische Ungerechtigkeiten abgebaut und die individuelle Person und nicht eine einengende Geschlechtsrolle im Mittelpunkt steht.

Mädchen sind hinsichtlich ihrer Schulabschlüsse in den allgemeinbildenden Schulen außerordentlich erfolgreich. Auf der anderen Seite wirken die Rollenzuweisungen: Mädchen und Jungen, junge Frauen und Männer folgen in ihrer Berufswahl zu großen Teilen Geschlechtsstereotypen. Darüber hinaus wird von den Betrieben das Potenzial der jungen Frauen mit ihren guten Schul- und Hochschulabschlüssen noch nicht angemessen in eine entsprechende berufliche Qualifizierung bzw. eine erfolgreiche Berufslaufbahn umgesetzt.

Eine geschlechtergerechte Bildung setzt die individuelle Förderung und Stärkung von Mädchen und Jungen um. Darüber hinaus gestaltet sie den Unterricht, die Betreuungsangebote, den Lebensraum Schule oder Kindertageseinrichtung sowie die Aus- und Weiterbildung von Fach- und Lehrkräften im Bewusstsein, dass Geschlecht bei Lernenden wie Lehrenden „omnipräsent“ ist und geht damit reflexiv um.

Geschlechtergerechte Sozialisation in Bildungseinrichtungen

Die Erziehung in Kindertagesstätten und in Schulen kann geschlechtergeprägte Rollenmuster verfestigen und eine Weiterentwicklung von Mädchen und Jungen verhindern.

Die Aus- und Fortbildung der Fach- und Lehrkräfte muss die Zuschreibungen von Geschlechterrollen hinterfragen. Fach- und Lehrkräfte brauchen dafür Kenntnisse über geschlechtsspezifische Sozialisation sowie eine Auseinandersetzung mit der eigenen Geschlechtsrolle. Dies ist in die Arbeit in den Kindertagesstätten und Schulen zu integrieren. Fach- und Lehrkräfte sollten in ihrem Engagement durch Rahmenbedingungen und Hilfen bei der konkreten Umsetzung unterstützt werden. Bei der Entwicklung von Ganztagsangeboten sollten auch zielgruppenspezifische Angebote für Mädchen entwickelt werden. Geschlechtergerechte Schule muss explizit Thema der Ziel- und Leistungsvereinbarung mit dem Landesinstitut für Schule Bremen werden und mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet werden.

Der Erwerb von Genderkompetenz und die Hinterfragung von Geschlechtsstereotypen sollten in den Prüfungsordnungen der Lehramtsstudierenden als auch in der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher als Bausteine verpflichtend verankert werden.

Berufsorientierung und Lebensplanung geschlechtergerecht gestalten

Frauen und Mädchen, junge Männer und Jungen sollten ihren Beruf und ihre Lebensform aus dem Spektrum aller Möglichkeiten unabhängig von überkommenen Geschlechtsrollen wählen können. Schule muss den Berufswahlprozess und Fragen der Lebensplanung von Mädchen und Jungen geschlechtergerecht neu gestalten und sie aktiv in diesem Prozess des Suchens begleiten. Für die Belange von Mädchen und jungen Frauen gilt es, das Wissen um Wirksamkeit von Geschlechterstereotypen in entsprechende förderliche Konzepte umzusetzen. Die nach wie vor

wirksamen Rollenzuweisungen von Mädchen und Jungen in der Schwerpunktsetzung bei der Fächerauswahl (gymnasiale Oberstufe) und damit bei der Berufswahl sind zu hinterfragen und aufzubrechen. Junge Frauen in berufsbildenden Schulen müssen vor allem in bislang männerdominierten Berufen gestärkt werden.

Insbesondere Mädchen mit Migrationshintergrund an der Schnittstelle zwischen Schule und Beruf brauchen gezielte Unterstützung, um einen Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden. Mädchen mit schlechten Startbedingungen müssen besonders gefördert werden.

Wissenschaft

Bei den unterschiedlichen Hochschulen Bremens sind Strategien zur Gleichstellung mittlerweile ein wichtiges Leitziel. Die Gleichstellungskonzepte der Hochschulen im Rahmen des Professorinnenprogramms des Bundes und der Länder und der Forschungsorientierten Gleichstellungsstandards der DFG stehen bundesweit miteinander im Wettbewerb - dies hat zu einem Paradigmenwechsel in der Förderstrategie der Gleichstellungspolitik geführt. Die Aufmerksamkeit der Hochschulleitungen und -gremien gegenüber dem Thema Chancengerechtigkeit von Wissenschaftlerinnen ist deutlich gestiegen.

———— Förderung von Frauen an den Hochschulen im Lande Bremen fortführen

Wir erwarten von der zukünftigen Landesregierung, dass sie sich aktiv an der Fortsetzung des Professorinnenprogramms beteiligt. Ergänzend sollten Projekte im Bereich einer geschlechtergerechten Personalentwicklung an den Übergängen vom Studium in die Promotion und von der Promotion zur Professur gefördert werden.

Im Rahmen ihrer Gestaltungsmöglichkeiten nach dem Bremischen Hochschulgesetz sollte die künftige Landesregierung bei Berufungsentscheidungen eine geschlechtergerechte Personalauswahl berücksichtigen.

— Bundesprogramme geschlechtergerecht gestalten

Bei der Ausgestaltung und Prüfung von Bundesprogrammen wie dem Qualitätspakt in der Lehre oder dem Hochschulpakt erwarten wir von der zukünftigen Landesregierung, dass geschlechtergerechte Strukturen für die Studiengestaltung

sowie die Förderung der Genderkompetenz der Lehrenden einfließen. Bei allen Programmen mit Gestaltungs- bzw. Prüfbeteiligung des Landes sollte die zukünftige Regierung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf berücksichtigen.

—— **Arbeitsbedingungen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verbessern**

Mehr Frauen als Männer sind in der Wissenschaft in befristeten Arbeitsverträgen beschäftigt oder finanzieren sich über Stipendien. Die künftige Landesregierung sollte sich für den sukzessiven Abbau prekärer Beschäftigungsverhältnisse im wissenschaftlichen Mittelbau einsetzen: Sozialversicherungspflichtige Arbeitsverträge statt Vergabe von Stipendien, Ausschöpfung von Vertragslaufzeiten bei Drittmittelstellen anstatt einer Aufsplittung in kürzere Vertragszeiten. Das Land Bremen sollte damit das Ziel unterstützen, mehr (Planungs-)Sicherheit für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schaffen.

Gewalt

Gewalt gegen Frauen hat viele Gesichter - junge wie ältere Frauen, Frauen mit Behinderung, lesbische Frauen erleben Gewalt unabhängig von Herkunft, sozialer Schicht, Kultur oder Bildungsstand. Mädchen und Frauen erleben körperliche Gewalt, Beschimpfung, Demütigung und Bedrohung, Vergewaltigung oder sexuelle Nötigung. Sie erleben Gewalt dort wo sie wohnen, arbeiten oder eine Ausbildung machen. Mädchen, die von ihrer Familie zur Zwangsheirat gezwungen oder Frauen, die ins Land geschleppt und zur Prostitution gezwungen werden, sind in besonderem Maße schutzlos und bedürfen besonderer Unterstützung.

Gewalt gegen Frauen ist aus dem Privaten ins öffentliche Interesse gerückt und unter Strafe gestellt, bei Fachleuten treffen betroffene Frauen immer mehr auf Verständnis und Unterstützung. In Bremen verständigen sich die beteiligten Fachleute auf Verfahren, um Frauen schnell und verlässlich zu schützen.

Dies darf allerdings nicht darüber hinweg täuschen, dass es über eine abgestimmte Interventionskette in der akuten Versorgung hinaus ein ausreichendes frauengerechtes und niedrigschwelliges Beratungs- und Unterstützungsangebot für Frauen und Mädchen geben muss - vor allem, wenn wir betroffene Frauen und Mädchen ermutigen, sich nach außen zu wenden und Information, Unterstützung und Hilfe zu holen.

Lücke zwischen Akutversorgung und therapeutischen Angeboten schließen

Mädchen und Frauen, die Opfer von Gewalt werden, brauchen schnelle Hilfe und wirksamen Schutz im Notfall sowie Informationen über ihre Rechte und Möglichkeiten. Gewalt hinterlässt nicht nur körperlich sichtbare Folgen - Frauen

und Mädchen, die Opfer von Gewalt werden, brauchen zumeist Zeit, bis sie einen guten Weg für sich finden. Ihnen sollte deshalb eine professionelle und empathische Begleitung zur Verfügung stehen - wenn sie den ersten Schritt, z.B. die Wegweisung des gewalttätigen Partners aus der Wohnung gegangen sind. Für viele Frauen ist Beratung dabei hilfreich, ihre Erfahrungen zu verarbeiten und zu klären, wie es Schritt für Schritt weitergehen kann.

Wir erwarten von der Landesregierung, die Lücke zwischen Akutversorgung und therapeutischen Angeboten zu schließen und die Beratungsangebote auszubauen. Ein solches Beratungs- und Unterstützungsangebot muss leicht zu finden sein, die jeweilige Sprache und Kultur der Frauen verstehen und kostenfrei sein. Insbesondere für von Gewalt betroffene Migrantinnen und für Mädchen, die aus der Jugendhilfe herausfallen aber im Frauenhaus z.B. nicht angemessen aufgehoben sind, fehlen entsprechende Anlaufstellen oder Unterbringungsmöglichkeiten.

———— Zielgruppengenaue Angebote für Mädchen und Frauen entwickeln und sichern

Frauen und Mädchen sind abhängig von ihrer Lebenssituation auf unterschiedliche Weise von Gewalt betroffen. Jedes Unterstützungsangebot ist so gut, wie es auf die Bedürfnisse trifft und die jeweils konkrete Lebenslage berücksichtigt. Solche zielgruppengenaue Angebote müssen weiterentwickelt werden. Vor allem für Mädchen hat sich als zusätzliches, niedrigschwelliges geschütztes Angebot die Online-Beratung erwiesen. Diese Möglichkeiten sollten ausgebaut und finanziell abgesichert werden.

Es ist unerlässlich, Frauen mit Migrationshintergrund gezielt über die Möglichkeiten des Schutzes vor Gewalt aufzuklä-

ren. Angebote von Beratung und Begleitung müssen ihren kulturellen Hintergrund und ihre Lebenssituation berücksichtigen, zum Thema Gewalt geschulte Dolmetscherinnen vorhalten und dort erreichbar sein, wo sie leben. Junge Frauen, die nicht mehr unter die Jugendhilfe fallen, brauchen Orte, wo sie Schutz finden. Frauenhäuser sind nicht der angemessene Ort für sie.

Bremen sollte sich an der Förderung des präventiven Online-Angebotes „SIBEL“ der bundesweit erreichbaren Beratungsstelle Papatya in Berlin finanziell beteiligen, wozu sich schon die Bundesländer Berlin, Baden-Württemberg, Brandenburg und Rheinland-Pfalz entschieden haben. Papatya richtet sich mit einem mehrsprachigen Angebot an junge Migrantinnen, ist online und telefonisch zu erreichen und bietet auch eine anonyme Schutzwohnung an, wenn die jungen Frauen ihre Herkunftsstadt verlassen müssen.

Betreuung und Beratung der Opfer von Frauenhandel und Zwangsprostitution landesweit absichern

Frauenhandel ist eine extreme Form von Gewalt gegen Frauen. Frauen werden unter Täuschung, Drohungen oder Gewaltanwendung angeworben und zur Prostitution gezwungen. Sie leben unter ausbeuterischen oder sklavenähnlichen Bedingungen, ihre Menschenrechte werden verletzt. Um betroffene Frauen im Land Bremen angemessen unterstützen und betreuen zu können, muss eine landesweite Fachberatungseinrichtung (Beratungs- und Betreuungsstelle für Betroffene von Frauenhandel und Zwangsprostitution BBMeZ) finanziell ausreichend gesichert werden. Darüber hinaus sollten betroffene aussagewillige Frauen einen gesicherten Aufenthaltsstatus über das laufende Verfahren hinaus erhalten können.

Gesundheit

Die Frauengesundheitsbewegung hat einen Perspektivwechsel im Gesundheitswesen und in der (Alltags-)Medizin befördert. Sie hat bewiesen, dass die Einbeziehung des Wissens von Frauen in ihrer Rolle als Patientin, als Gesundheitsexpertin, als pflegende Angehörige und als jene, die häufig für die familiäre Gesunderhaltung zuständig ist, zu einer Steigerung der Versorgungsqualität im Gesundheitswesen beiträgt. Die Berücksichtigung der individuellen und gesellschaftlichen Lebensrealitäten - von Frauen und Männern - ist dadurch zum Maßstab geworden.

Trotzdem ist bei weitem nicht sichergestellt, dass jede Frau Zugang zu der für sie besten gesundheitlichen Versorgung hat. Das kommunale öffentliche Gesundheitswesen hat die Aufgabe, in Zusammenarbeit mit anderen Verantwortlichen Zugangsbarrieren herauszufinden und abzubauen und Gender Mainstreaming als übergeordnetes Instrument im Bremer Gesundheitswesen umzusetzen. Es gilt, eine Geschlechter- und kultursensible Gesundheitsberichterstattung fest zu etablieren, auch um den spezifischen Bedarfen von Frauen und Mädchen Rechnung zu tragen.

Psychosoziale und gesundheitliche Beratung und Versorgung von Migrantinnen verbessern und absichern

Für viele der in Deutschland lebenden Migrantinnen (und Migranten) ist aufgrund eines niedrigen Sozial- und Bildungsstatus der Zugang zu Informationen, Versorgungsangeboten und -einrichtungen erschwert. Sprach- und Verständigungsprobleme und vor allem die mangelnde interkulturelle Öffnung des deutschen Gesundheitssystems verschärfen dieses Defizit. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, eine MigrantInnen-sensible Gesundheitsberichterstattung und eine Anpassung der Leistungsstatistiken von Institutionen des Gesundheitswesens mit

einheitlichen Kriterien zur Erfassung des jeweiligen Migrationshintergrunds der Menschen zu entwickeln, um die Bedarfe einschätzen zu können. Darüber hinaus sollten Wege für die finanzielle Absicherung von Dolmetschdiensten gefunden werden, die Einstellung von MigrantInnen als qualifizierte Fachkräfte vorangebracht, mehrsprachige Beratungs- und Informationsdienste eingerichtet und eine gezielte Gesundheitsbildung von Migrantinnen gefördert werden. Die bisherigen Angebote für eine bedarfsgerechte und gesicherte Gesundheitsversorgung von Papierlosen und Nicht-Versicherten sollten gesichert und ausgebaut werden.

Gesundheitsversorgung für Frauen und Mädchen mit Behinderungen verbessern

Frauen und Mädchen mit Behinderungen sind im Gesundheitssystem mit zahlreichen Barrieren konfrontiert, die von baulichen Hindernissen bei Versorgungs- und Beratungseinrichtungen über ein allgemein fehlendes Bewusstsein zu ihren besonderen Bedarfen und Anforderungen in diesem Bereich bis zu einer gesellschaftlichen Tabuisierung von Themen wie Sexualität, Schwangerschaft und Mutterschaft reichen. Belegt ist, dass aus diesen Gründen mobilitätsbehinderte Frauen Besuche in gynäkologischen Praxen aufschieben oder ganz vermeiden, dass sie Angebote zu Früherkennung und Prävention von Erkrankungen seltener nutzen. Inzwischen gibt es einen ersten Schritt zur Verbesserung der gynäkologischen Versorgung mobilitätsbehinderter Frauen in Bremen: die geplante Einrichtung einer gynäkologischen Ambulanz, angesiedelt an einer Bremer Klinik. Die Landesregierung wird gebeten, sich weiterhin für die Umsetzung dieses Vorhabens zu engagieren.

Darüber hinaus sollte die Landesregierung im Rahmen der Umsetzung der UN- Behindertenrechtskonvention alle Einrichtungen des öffentlichen Gesundheitsdienstes daraufhin untersuchen, ob das Recht auf angemessene medizinische Versorgung und sexuelle Selbstbestimmung von behinderten Frauen und Mädchen gewährleistet ist.

Angebote für Mädchen und Frauen mit Essstörungen sichern und optimieren.

Auch in Bremen werden Essgestörte oft zu spät diagnostiziert mit dem Risiko, erst in chronifiziertem bis lebensbedrohlichem Zustand medizinische und psychotherapeutische Hilfe zu erhalten. Diese dann meist langwierigen und kostenintensiven Behandlungen könnten reduziert werden, wenn es ausreichende zielgruppenspezifische niedrigschwellige Angebote gäbe.

Die künftige Landesregierung sollte sich für eine zentrale Vermittlungs- oder Clearingstelle und/oder ein landesweites Internetportal einsetzen, wo Informationen über vorhandene Hilfeangebote vorgehalten werden.

Die künftige Landesregierung sollte die niedrigschwellige, gesundheitliche Versorgung von Mädchen und jungen Frauen durch Beratungsstellen sicher stellen. Diese sind meist der erste Anlaufpunkt und haben eine wichtige Funktion für die Sensibilisierung und das Erkennen verschiedener psychischer Störungen sowie die Weitervermittlung in passende Versorgungsangebote des Gesundheitswesens. Dafür müssen sie finanziell und personell ausreichend abgesichert sein.

Darüber hinaus sollten die Vernetzungsstrukturen zwischen verschiedenen Hilfsangeboten, die für die Behandlung

Essgestörte notwendig sind, ausgebaut und verstetigt werden. Das Gesundheitsressort sollte in Kooperation mit Gremien der Selbstverwaltung und Experten/innen der ambulanten und stationären Versorgung weitere differenzierte Überlegungen zu Versorgungsmängeln erörtern und Lösungswege erarbeiten.

Frauengesundheitseinrichtungen absichern und verstetigen

Gesundheitsförderung für Frauen muss sich an deren Lebenswelten und Lebensphasen orientieren. Daher sollten Modelle entwickelt werden, mit denen vor allem jene Frauen erreicht werden, die den geringsten Zugang zu Ressourcen haben: armutsgefährdete und von Armut Betroffene, Frauen mit niedriger Bildung, Alleinerziehende, Erwerbslose, alte Frauen und Migrantinnen. Angebote vor Ort, die immer auch die schon vorhandenen Ressourcen und Gesundheitskompetenzen berücksichtigen, können dazu beitragen, das Selbsthilfepotential der Frauen zu unterstützen. Gleichzeitig wird damit auch eine bessere Gesundheitsvorsorge für die anderen Familienmitglieder erreicht.

Die Landesregierung sollte niedrigschwellige Beratungsstellen und Treffpunkte, die im Sinne von Modellen guter Praxis eine Vielzahl von Problemen bearbeiten, ausbauen und absichern.

Frauengerechte psychiatrische Versorgung weiter entwickeln

Psychisch erkrankte Frauen brauchen auf sie zugeschnittene Behandlungskonzepte in allen Sektoren des Gesund-

heitswesens. Die Landesregierung sollte Leitlinien für eine geschlechtergerechte psychiatrische Versorgung, wie sie auch in anderen Bundesländern existieren, beschließen und dafür Sorge tragen, dass die Leitlinien in allen Bereichen umgesetzt und evaluiert werden. Diese sollen für die gesamte (sozial-)psychiatrische Versorgung und deren Einrichtungen im Land Bremen eine Orientierung für die geschlechtersensible Behandlung, Rehabilitation und Integration psychisch erkrankter Menschen geben.

Ambulante Versorgungslücken schließen

Der überwiegende Teil häuslicher Pflege wird von Frauen getragen, die Mehrzahl der Pflegebedürftigen ist weiblich, die Pflege selbst ist ein Frauenarbeitsbereich.

Frauen, die nach einer Operation aus dem Krankenhaus entlassen werden und sich in ihrem Zuhause noch nicht eigenständig selbst versorgen können, stehen derzeit häufig vor unlösbaren Problemen, da sie, anders als viele Männer, meist keine Hilfestruktur vorfinden. Die künftige Landesregierung sollte sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, diese Versorgungslücke durch eine gesetzliche Regelung zu schließen.

Versorgungslücke bei der Familienplanung für sozial benachteiligte Frauen schließen

Frauen sind von Armut und deren Folgen besonders betroffen. Besonderer Handlungsbedarf besteht darin, Empfängerinnen von ALG 2 kostenlose Verhütungsmittel zur Verfügung zu stellen, wie es vor Einführung des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes 2004 möglich war. Neben der

Vermeidung von Schwangerschaftsabbrüchen muss das Recht aller Frauen auf eine selbstbestimmte Familienplanung gewährleistet sein. Einzelne Kommunen haben Wege gefunden, die Betroffenen zu unterstützen. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, Mittel zur Verfügung zu stellen, die betroffene Frauen in die Lage versetzt, selbstbestimmte Entscheidungen über den Zeitpunkt einer Schwangerschaft und die Anzahl von Kindern zu treffen. Parallel dazu sollte sie sich wie bisher für eine bundesweite Lösung einsetzen.

Impressum:

Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der
Gleichberechtigung der Frau (ZGF)
Knochenhauerstr. 20-25
28195 Bremen
Tel 0421/361-3133
E-mail office@frauen.bremen.de

Büro Bremerhaven
Schifferstr. 48
27568 Bremerhaven
Tel 0471/596-138 23
E-mail office-brhv@frauen.bremen.de

www.frauen.bremen.de

Auflage: 3.000

Fotos: Bremische Bürgerschaft/Holger Kattert,
Traute Melle

Druck: Druckwerkstatt Schmidtstraße, Bremen

Gestaltung: Traute Melle, Bremen

Januar 2011



Bremische Bürgerschaft

Landtag der Freien Hansestadt Bremen

